

Mustern zu durchsuchen und erst dann der Frage nachzugehen, wie diese Muster entstanden sind, nichts einzuwenden; schon mehrmals wurden mit einem solchen hypothesenfreien Zugang wichtige Ergebnisse erzielt. Dennoch bleibt ein schaler Nachgeschmack. In einer Krisensituation, in der die Politik über lange Strecken im Dunkeln tappt, weil so viele Dinge noch unerforscht und unbekannt sind, klammert man sich gerne an jeden Strohhalm. Politische Entscheidungen müssen trotzdem getroffen werden; Politiker:innen können sich nicht zurücklehnen und darauf warten, bis sich die Datenlage verbessert hat. Ist unvollständige Evidenz für die Politik nicht besser als keine Evidenz?

Nein. Das ist der Punkt. Ohne zusätzliche Forschung sind die Ergebnisse dieser amerikanischen Studie im Grunde nicht interpretierbar. Das hypothesenfreie Durchsuchen großer Datensätze nach bisher unbekanntem Mustern ist eine nützliche Aktivität in den frühen Stadien der wissenschaftlichen Erkenntnisgewinnung. Mit Entscheidungen und Maßnahmen sollte jedoch erst dann auf die Ergebnisse reagiert werden, wenn die Art ihrer Beziehung verstanden wird.

Ganz zuletzt ist noch zu sagen, dass inmitten einer globalen Pandemie die Ergebnisse von Big-Data-Analysen, die die Gesellschaft, individuelle Verhaltensweisen oder Körper in einem Stadium des »normalen« Funktionierens darstellen, nicht immer hilfreich sind (El-Sayed/Prainsack 2020). In diesem Sinne zeigt die COVID-19-Pandemie auch die Grenzen von rein korrelationsbasierten Prognosemodellen auf, die Schwierigkeiten haben, Werte für die Ausnahmesituation vorherzusagen, in der wir uns befinden – weil es keine passenden Daten gibt, mit denen ein Modell gefüttert werden könnte (Benaich 2020). Dies ist dann der Fall, wenn die Annahmen, die in den Datensätzen enthalten sind, auf die Pandemie-Situation nicht zutreffen, oder wenn die Daten selbst die Pandemie-Situation nicht widerspiegeln – dies wäre etwa im Bereich der Mobilität der Fall, aber auch im Bereich des Konsums oder der Dynamiken, die für psychische Überlastung verantwortlich sind. Die Wissenschaftstheoretikerin und ehemalige Präsidentin des Europäischen Forschungsrates, Helga Nowotny, diagnostiziert eine »grundlegende Unvereinbarkeit« zwischen der Logik sogenannter harter Zahlen und algorithmenbasierter Prognosen einerseits und der Politikgestaltung andererseits: »Politische Entscheidungen beinhalten [...] Abwägungen zwischen mehreren, oft unvereinbaren Zielen und Interessen. Die Algorithmen in maschinellen Lernsystemen sind dagegen utilitaristische Maximierer dessen, was letztlich eine einzige Größe ist, die auf explizit gewichteten Entscheidungskriterien beruht. Sie tolerieren keine Mehrdeutigkeit.« (Nowotny 2021: 120-1)

Pandemie-Bekämpfung als individuelle Pflicht

Eine der wichtigsten Herausforderungen an der Schnittstelle von Wissenschaft und Pandemie ist die Beantwortung der Frage, was sowohl die Politik und auch die Wissenschaft aus der Pandemie gelernt haben und weiterhin lernen können. Historiker:innen, Public-Health-Forscher:innen und viele andere Expert:innen haben in den letzten Monaten immer wieder darauf hingewiesen, was man aus vergangenen Pandemien *nicht* gelernt hat. So erinnert etwa die amerikanische Historikerin Sara Silverstein daran, dass die Verbesserung sogenannter sozio-ökonomischer Determinanten – also jene Faktoren, die beeinflussen, wie Menschen leben und arbeiten – die effektivste Form des Schutzes vor den negativen Folgen einer Pandemie ist. Ein Grund dafür ist, dass Menschen, die in schlechten ökonomischen und sozialen Bedingungen leben, von den Maßnahmen der Pandemie-Bekämpfung besonders stark betroffen sind. Ein weiterer, dass stabiles und leistbares Wohnen, gute Bildung für alle und ein starkes und allen zugängliches Gesundheitssystem den Gesundheitszustand der gesamten Bevölkerung verbessern (siehe zum Beispiel Marmot 2015). Noch in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, so die Historikerin Silverstein, lag der Fokus der Pandemie-Bekämpfung genau auf diesen sozialen und ökonomischen Faktoren. Erst seit der Entwicklung effektiver biomedizinischer Strategien, wie Antibiotikatherapien, und der Idee, dass man Infektionskrankheiten unter Kontrolle halten könne, verschob sich in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts der Schwerpunkt. Nicht mehr die »Behandlung« ganzer Gesellschaften, also die Verbesserung sozialer und ökonomischer Faktoren, wurde als Mittel zur Bewältigung von Epi- und Pandemie gesehen, sondern die Intervention auf der Ebene von Individuen – über Impfungen, individuelle Hygienemaßnahmen wie Händewaschen, aber auch über den Versuch, individuelles Verhalten in anderen Bereichen zu steuern. Die Verantwortung für die Prävention von Gesundheitskrisen ging damit vielerorts von der Allgemeinheit – der Gesellschaft, der Stadt, dem Staat – auf einzelne Menschen und Familien über. Jeder Mensch sollte sich »gesund« und »vorsichtig« verhalten, um Risiken zu vermindern. Dieser letzte Aspekt hilft im Übrigen auch dabei, die sich polarisierende Debatte über Corona-Maßnahmen und insbesondere Impfungen einzuordnen: Menschen, die in dem Glauben aufwuchsen, sie könnten durch individuelles Verhalten Risiken minimieren, spürten in der Pandemie immer wieder, wie sehr sie vom Verhalten aller anderen Menschen abhängig sind. Für manche war und ist das eine massive narzisstische Kränkung, die sich – wie dies etwa bei den radikalen Impfgegner:innen der Fall ist – in einer Ablehnung des Kollektiven niederschlägt. Das Resultat ist ein bizarr individualistischer Freiheitsbegriff, der seines positiven Gehalts entleert und auf ein reines Abwehrrecht reduziert wird.

So wichtig verantwortungsvolles individuelles Verhalten für die Pandemie-Bekämpfung auch ist: Wir werden vor zukünftigen Pandemien nur dann besser geschützt sein, wenn wir an den strukturellen Stellschrauben drehen und gemeinsam Verantwortung übernehmen. Neben dem Virus selbst zählen soziale und ökonomische Ungleichheiten zu den wichtigsten Ursachen menschlichen Leidens in der Pandemie. In den Worten des britischen Epidemiologen Sir Michael Marmot:

soziale und regionale gesundheitliche Ungleichheiten und die Verschlechterung der Gesundheit für die am stärksten benachteiligten Menschen sind Zeichen einer Gesellschaft, die nicht funktioniert, um den Bedürfnissen ihrer Mitglieder gerecht zu werden. Es besteht die dringende Notwendigkeit, die Dinge anders anzugehen, eine Gesellschaft zu schaffen, die auf den Grundsätzen sozialer Gerechtigkeit beruht; die Ungleichheiten bei Einkommen und Vermögen zu verringern; eine Wirtschaft des Wohlbefindens aufzubauen, die das Erreichen von Gesundheit und Wohlbefinden in den Mittelpunkt der Regierungsstrategie stellt, anstatt eng gefasste wirtschaftliche Ziele zu verfolgen; und eine Gesellschaft zu schaffen, die auf die Klimakrise reagiert und gleichzeitig eine größere Gerechtigkeit im Bereich der Gesundheit erreicht. (Marmot et al. 2020: 4)

Diese Lektion, argumentieren Marmot und seine Kolleg:innen, sei die Wichtigste, die es aus der COVID-19-Pandemie zu lernen gelte. Auch wenn biomedizinische Mittel und Strategien eine wichtige Rolle in der Bekämpfung der Pandemie spielen, so können sie ihre Wirksamkeit ohne zeitgleiche Strategien zur Verbesserung sozialer und ökonomischer Faktoren nicht entfalten. Während die Politik in vielen Ländern darüber diskutiert, wie man die pandemiebedingten Mehrausgaben in den nächsten Jahren zumindest zum Teil wieder zurückholen könne – typischerweise indem man gerade bei jenen spart, die schon bisher die Hauptkosten der Krise getragen haben – schlagen Wissenschaftler:innen, die sich mit den Ursachen der Pandemie beschäftigen, genau das Gegenteil vor: Es brauche strukturelle Veränderungen, die Armut und ökonomische Ungleichheiten verringern. Auch heute gilt: Menschen mit geringem Einkommen und Vermögen sind von Gesundheitskrisen doppelt betroffen: Einerseits haben sie besonders hohe soziale Risiken, weil sie überdurchschnittlich oft als sogenannte Systemerhalter:innen zur Arbeit gehen müssen, wenn andere durch Homeoffice und andere Kontakt- und Mobilitätsreduktionen ihr Infektionsrisiko beschränken können. Gleichzeitig sind in dieser Gruppe auch die biologischen Risikofaktoren besonders hoch: Menschen in den niedrigeren sozio-ökonomischen Schichten haben im Durchschnitt mehr gesundheitliche Probleme als jene in höheren. Die Dynamiken, die zu diesen Phänomenen führen, verstärken sich in einer Pandemie gegenseitig (siehe zum Beispiel Bamba et al. 2021).

Es gilt, die Wurzeln der gegenwärtigen Krise anzugehen, und nicht nur die Symptome zu bekämpfen (Wagenaar/Prainsack 2021). Diese Lektion, die schon bereits aus vorangegangenen Pandemien hätte gelernt werden können, ist in einer hypermobilen Welt, in der Viren sich viel schneller ausbreiten können als jemals zuvor, besonders wichtig. Und das Verhältnis zwischen Wissenschaft und Politik wird sich zumindest teilweise neu erfinden müssen.

Literatur

- Bambra, Clare/Lynch, Julia/Smith, Katherine E: *The Unequal Pandemic: COVID-19 and Health Inequalities*. Bristol 2021.
- Bay, Jason. Zitiert in: Hadavas, Chloe: How Effective Are Contact Tracing Apps?. In: *Slate* vom 13.5.2020, <https://slate.com/technology/2020/05/contact-tracing-apps-less-effective-iceland.html> (Zugriff am 20.12.2021).
- Bell, Alice: Beneath the white coat: the radical science movement. In: *The Guardian* vom 18.7.2013, <https://www.theguardian.com/science/political-science/2013/jul/18/beneath-white-coat-radical-science-movement> (Zugriff am 26.11.2021).
- Benaich, Nathan: AI has disappointed on Covid. In: *Financial Times* vom 20. September 2020, <https://www.ft.com/content/0aafc2de-f46d-4646-acfd-4ed7a7f6feaa> (Zugriff am 26.11.2021).
- Dabrock, Peter: Folgt der Wissenschaft? In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 13. Dezember 2021.
- El-Sayed, Seliem/Prainsack, Barbara: Blue Chips and White Collars: Whose Data Science Is It? *Harvard Data Science Review* 3.1, <https://hdsr.mitpress.mit.edu/pub/2szvobpn/release/1> (Zugriff am 22. Dezember 2021).
- Knittel, Christopher R./Ozaltun, Bora: What does and does not correlate with COVID-19 death rates. NBER Working Paper 27319 vom Juni 2020, <https://www.nber.org/papers/w27391> (Zugriff am 22. Dezember 2021).
- Leonelli, Sabina: Data Science in Times of Pan(dem)ic. In: *Harvard Data Science Review* 3.1, <https://hdsr.mitpress.mit.edu/pub/fi1rol2i/release/2> (Zugriff am 22. Dezember 2021).
- Marmot, Michael: *The health gap: The challenge of an unequal world*. New York and London 2015.
- Marmot, Michael/Allen, Jessica/Goldblatt, Peter/Herd, Eleanor/Morrison, Joana: *Build back fairer: The COVID-19 Marmot Review. The Pandemic, Socioeconomic and Health Inequalities in England*. London 2020.
- McGoey, Linsey: The logic of strategic ignorance. In: *The British Journal of Sociology* 63(3): 533–76, 2012.
- McGoey, Linsey: *The Unknowers: How strategic ignorance rules the world*. London 2019.
- Nowotny, Helga: *In AI We Trust: Power, Illusion and Control of Predictive Algorithms*. London 2021.
- Schmalzer, Sigrid/Chard, Daniel S./Botelho, Alyssa: *Science for the People: Documents from America's Movement of Radical Scientists*. Cambridge, MA 2018.
- Silverstein, Sara: What do we learn from past pandemics? Invited lecture at the Pandemic Forum 2021. Available at: <https://www.meduniwien.ac.at/web/en/ueberuns/events/2021/pandemic-forum-2021/> (Zugriff am 15. Dezember 2021).
- Wagenaar, Hendrik/Prainsack, Barbara: *The Pandemic Within: Policy Making for a Better World*. Bristol 2021.

Alexander Bogner

Konsenspolitik. Wie die Wissenschaft in der Krise zum politischen Akteur wird

Nicht anders als demokratische Politik schätzt auch die moderne Wissenschaft Vielstimmigkeit und Dissens. Die Wissenschaft ist eine Entfesselungskünstlerin des Dissenses und hat zu diesem Zweck eigene Institutionen wie Seminare, Tagungen und Begutachtungsprozesse geschaffen. Schließlich verspricht sie sich von kollegialer Kritik ziemlich viel, nämlich besser begründete Behauptungen und robustere Erkenntnisse – eben besseres Wissen.

Dass es keine wirkliche Erkenntnis ohne die Überprüfung durch kritische Gegenstimmen geben könne, war schon das Credo von John Stuart Mill, und dieser Argumentationslinie folgt noch Karl Popper, wenn er erklärt, dass das Spiel der Wissenschaft grundsätzlich »kein Ende« haben kann, weil es darum geht, Wahrheitsansprüche in Frage zu stellen (Popper 1971: 26). Wir schließen daraus: Fragloses Einvernehmen ist nicht der Himmel der Wissenschaft, sondern ihr Ende. Erklärungsbedürftig erscheint vor diesem Hintergrund nicht der Dissens, sondern vielmehr der Konsens, und zwar nicht nur in der Forschung, sondern auch und gerade im Hinblick auf politikrelevante Expertise.

Konsens in der *Forschung* ist eigentlich langweilig. Über grundlegende Tatsachen streitet man nicht, und kanonisches Wissen wird in Form von Lehrbüchern schubladisiert. Konsens stellt sich ein, wenn man nicht mehr weiterfragt, aus welchen Gründen auch immer. Konsens in der *Politikberatung* ist ziemlich unwahrscheinlich, gerade in Krisenzeiten, wenn unerwartete Ereignisse die Wissenschaft überraschen und darum Daten, konsolidierte Erkenntnisse und sicheres Wissen fehlen. Ein derart vielschichtiges Problem wie eine Pandemie erfordert außerdem Interdisziplinarität, und damit vervielfältigen sich die relevanten Stimmen. In den Beratungsgremien – wenn sie die Breite der Wissenschaft abbilden wollen – treffen verschiedene, vielleicht sogar unvereinbare Perspektiven und Paradigmen, aber natürlich auch divergierende Werte und Weltanschauungen aufeinander. Weitreichender Konsens mag daher ein wünschenswertes Ziel sein, doch gerade in Krisenzeiten ist dies mit wissenschaftlichen Mitteln kaum zu erreichen.

Unter dem Stichwort »Konsenspolitik« wird im Folgenden eine politische Strategie skizziert, die in der Corona-Krise an Bedeutung gewonnen hat. Gemeint sind Versuche aus der Wissenschaft, mithilfe interdisziplinärer Konsenspapiere die Politik dazu zu bewegen, den einhelligen Empfehlungen maßgeblicher Expertenzirkel zu folgen. Gefördert wird diese Konsenspolitik durch ein relativ unstrukturiertes und daher offenes Beratungssystem, das externe Akteur:innen dazu ermuntert, Stellungnahmen